

Scott, David

Article — Digitized Version

Behandlung des Ost-Westhandels in Genf

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scott, David (1952) : Behandlung des Ost-Westhandels in Genf, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 4, pp. 217-218

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131501>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Behandlung des Ost-Westhandels in Genf

Die siebente Sitzung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, die im vergangenen Monat in Genf stattfand, zeichnete sich dadurch aus, daß der Förderung des Ost-Westhandels von allen Seiten große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Während sowohl von den östlichen als auch von den westlichen Delegierten und den Sekretariatsmitgliedern der Wirtschaftskommission große Betonung auf diesen Gegenstand gelegt wurde, blieben die praktischen Maßnahmen zur Ausdehnung des intereuropäischen Handels jedoch weiterhin unbestimmt. In seiner Eröffnungsansprache betonte der Exekutivsekretär, Gunnar Myrdal, nachdrücklich, daß in der allmählichen Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Ost und West dem Handel eine zentrale Stellung zukomme und daß er zu einem Grundziel aller Mitgliederländer werden müsse. Er forderte dringend praktische Verhandlungen über diesen Gegenstand. Während der Sitzungsperiode wurden private Besprechungen zwischen den Mitgliedern des Sekretariats und den Delegationsführern geführt, und auf den Plenarsitzungen wurde der Gegenstand des Ost-Westhandels in verschiedenen Formen behandelt.

Das britische Interesse

Der britische Delegationsführer Henry Hopkinson, Sekretär für Außenhandel, behandelte bei seinem Überblick über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme des Vereinigten Königreiches die rückläufigen Märkte für Konsumgüter im allgemeinen und Textilien im besonderen. „Es würde eine Hilfe für Westeuropa darstellen“, erklärte er, „und, wie ich annehme, auch für Osteuropa, das Mangel an Konsumgütern zu leiden scheint, nützlich sein, wenn ein Weg gefunden werden könnte, um Osteuropas Textilimporte aus dem Westen zu steigern.“ Die Tatsache, daß die britische Delegation von einem Beamten dieses Rangs geführt wurde, ist bezeichnend für das Interesse, das die britische Regierung jeder Untersuchung widmet, die zu einer Erleichterung der Zahlungsbilanzkrise führen könnte. Die britische Haltung gegenüber der Wirtschaftskommission war freundlicher als in der Vergangenheit. Vorher hatte Hopkinson erklärt, daß die Kommission „alle Elemente einer wirklich nützlichen Körperschaft“ aufweise. Viele westeuropäische Delegierte, deren nationale Wirtschaftsprobleme die Erschließung neuer Märkte oder Nicht-Dollar-Quellen für Getreide, Holz, Kohle und andere lebenswichtige Güter verlangen, sondierten diese Kanäle mit gleichen Vorschlägen. Aber eingedenk der amerikanischen Battle Act und der Bestimmungen über die Exportlizenzierung gingen ihre Vorschläge nicht über das Angebot von Konsumgütern hinaus. Der Hauptdelegierte der USA., Paul R. Porter, Europadirektor des Amtes für gegenseitige Sicherheit, erwähnte diese Frage in seiner Erklärung nicht, sein

Stellvertreter verneinte jedoch später, daß die USA. den Ost-Westhandel lahmzulegen wünschten. Er erklärte der Versammlung, daß genügend Raum für eine Erweiterung des Handels mit „friedlichen“ Gütern bliebe, und schlug vor, daß man vom Konsumgüter-Export ausgehen solle. Er betonte jedoch, daß Exportkontrollen „diskriminierend sein müßten“.

Die östlichen Vorschläge

Von seiten der östlichen Delegierten wurde die Erörterung einer Erweiterung des Handels lebhaft aufgegriffen, und es wurde jede Gelegenheit wahrgenommen, um die Behandlung dieses Gegenstandes einzuführen. Die kommunistischen Delegierten beriefen sich auf die Restriktionen des Maschinenexports, um ihre Nichtteilnahme an den Holz-, Landwirtschafts-, Energie- und anderen technischen Komitees der Wirtschaftskommission zu rechtfertigen. Sie sprachen wiederholt davon, daß ihre Länder jetzt erhöhte Mengen Kohle, Getreide, Nahrungsmittel und andere Erzeugnisse exportieren könnten, und zeigten ihre Bereitwilligkeit an, Konsumgüter aufzunehmen, wenn diese von anderen Fertigwaren, die „normalerweise von ihnen importiert wurden“, begleitet sein würden.

Unter indirekter Bezugnahme auf Großbritanniens Problem der Erschließung neuer Märkte für Textilien bemerkte der sowjetische Vertreter, G. P. Arkadiew, daß, „wenn der Ost-Westhandel gesteigert werden sollte, sich diese Schwierigkeiten sicherlich beseitigen ließen“. Der polnische Delegierte erklärte, daß Polen seine Kohlenlieferungen nach dem Westen „außerordentlich steigern“ könnte, und er fügte hinzu, daß dies „ein ernst gemeintes Angebot sei und keineswegs das einzige“. Der rumänische Vertreter erinnerte die Kommission daran, daß sein Land im Jahre 1951 200 000 t Erdöl an Großbritannien geliefert hätte, wobei er sagte, daß, wenn Großbritannien dieses Erdöl für seine „Kriegsvorbereitungen“ verwenden will, es dies „gänzlich auf eigenes Risiko“ tue.

Das abstrakte Niveau der Diskussion

Aber trotz dieser vielen Hinweise auf die Nützlichkeit oder die Bedeutung einer Ausdehnung des Ost-Westhandels, die von allen Seiten erfolgten, hielt sich die formelle Diskussion auf diesem abstrakten Niveau. In seinen Bemühungen, die Wirtschaftskommission für Europa zur Überwindung dieses toten Punktes einzusetzen, betonte Gunnar Myrdal, daß wir einen Punkt erreicht hätten, wo das Sekretariat klar umrissene Instruktionen verlangt, wie weiter zu verfahren sei“, und legte der Kommission seine persönlichen Schlussfolgerungen vor, die auf seiner dreijährigen Suche nach einer gemeinsamen Grundlage basierten. Er war der Ansicht, daß eine formelle Zusammenkunft des Handelskomitees nicht von Nutzen sein würde und daß eine weitere ad hoc Zusammenkunft über die

Fragen des Handels (so wie die Getreidediskussion im November 1950) ohne genügende Aussicht auf Erfolg nicht ratsam sei.

Er schlug drei Möglichkeiten für die künftige Arbeit der Wirtschaftskommission für Europa vor, die er zu besprechen bat:

1. Vorlage von Listen mit Spezifikationen über den Importbedarf und die Exportmöglichkeiten für das kommende Jahr oder einen längeren Zeitraum seitens der interessierten Regierungen an das Sekretariat, wobei jedes Land ausdrücklich festsetzt, was es zu kaufen wünscht und was es bereit sein würde zu exportieren.
2. Ein Übereinkommen, gleichzeitig bilaterale Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen zu führen, die auf die Untersuchung der Möglichkeiten von Dreiecks- oder Vierecks-Vereinbarungen, die in parallel laufenden Handelsbesprechungen zu erreichen seien, ausgerichtet sein sollten.
3. Ausdehnung der Arbeit der technischen Komitees, um die internationalen Handelsbedürfnisse und die Verfügbarkeit von Schlüsselprodukten wie Kohle, Holz, Getreide und Maschinenbauerzeugnisse unter Kontrolle zu haben. Diese Körperschaften könnten das Forum darstellen, auf dem Vorschläge über den Ost-Westhandel solcher Produkte zunächst untersucht werden könnten.

Die Reaktion der Vertreter

Die Reaktion des sowjetischen Vertreters Arkadiew war für die Haltung des sowjetischen Blocks bestimmend. Er rühmte Gunnar Myrdal für seine „positive Haltung“ und sein „dankenswertes Unternehmen“, er konnte sich jedoch mit dem Bestehen auf die im voraus zu erfolgende Vorlage der Listen nicht einverstanden erklären. Dies sei eine delikate Angelegenheit, da die Politik mit hineingezogen würde, erklärte er, und weitere Beratungen würden nützlich sein, wenn keine sofortige Übereinkunft getroffen werden könnte. Er trat daher stark für die Einberufung einer in Genf stattfindenden Handels-Zusammenkunft im kommenden Herbst ein und vertrat die Ansicht, daß vorher festgesetzte Bedingungen die Angelegenheit nur erschweren würden.

Der britische Delegierte sah keinen Vorteil in einer großen Zusammenkunft lediglich zur Demonstration des guten Willens. Großbritannien, so erklärte er, sei der Meinung, daß der Weg, um Geschäfte zu machen, über bilaterale Verhandlungen führe, und daß „diese Meinung von der Sowjetunion geteilt werde“. Wenn die Mehrheit jedoch anders denke und eine weitere Zusammenkunft wünsche, würde Großbritannien dort vertreten sein. Der französische Vertreter André Philip äußerte sich zu Gunsten einer ad hoc Zusammenkunft, vorausgesetzt, daß Warenlisten im voraus vorbereitet würden. Gleichzeitige bilaterale Verhandlungen, die auf nicht mehr als dem Wunsch basierten, den Handel zu erweitern, seien nicht sehr praktisch. Der französische Standpunkt wurde im allgemeinen von den meisten westeuropäischen Vertretern geteilt, obwohl auch der italienische Delegierte der Ansicht war, daß sich einiges durch die technischen Komitees erreichen ließe, wie Myrdal in seinem dritten Vorschlag äußert hatte.

Tatsächlich hatte der Führer der italienischen Delegation die Verhandlungen über das italienisch-sowjetische Abkommen geführt, über das während der Genfer Besprechungen aus Rom berichtet wurde. Im Rahmen dieses Abkommens liefern die Sowjets 100 000 t Anthrazitkohle, die gleiche Menge Erdöl sowie Manganerz, Holz und Getreide, während die italienischen Gegenlieferungen sowohl strategisch wichtige Erzeugnisse als auch Konsumgüter umfassen: Kugellager (die, wie verlautet, aus Spezialstählen aus der Tschechoslowakei hergestellt sein sollen), Stahlkabel, Baumwolltextilien, Weine und Orangen.

Die Resolution

Dieses Beispiel eines konkreten Handelsaustausches, der im Prinzip unerreichbar war, dürfte die Anstrengungen des Arbeitsausschusses erleichtert haben, den die Kommission ernannte, um ein einstimmiges Übereinkommen über eine künftige Handels-Zusammenkunft zu erzielen. Die fortgeführten Beratungen der Delegationen Großbritanniens, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Ungarns, Polens und der UdSSR. führten zu einer Resolution, die für beide Parteien annehmbar war. Diese „fordert den Exekutiv-Sekretär auf, die praktischen Möglichkeiten einer Ausdehnung des Handels auf der Basis gegenseitigen Vorteils, einschließlich Lieferungen und Gegenlieferungen, weiterhin zu untersuchen, und, wenn diese Untersuchungen Aussichten auf konkrete Ergebnisse bieten, im Herbst 1952 eine Besprechung von Handels-sachverständigen einzuberufen, die erwägen soll, ob eine ad hoc Zusammenkunft über Handelsfragen wünschenswert sei.“

Bei der Annahme dieser Resolution stimmte die Kommission dafür, folgenden Paragraphen in ihren Endbericht für den Wirtschafts- und Sozialrat aufzunehmen:

„Es wurde als wünschenswert erkannt, daß die Sachverständigen, die der Beratung beiwohnen werden, auf folgendes vorbereitet sind:

- a) Informationen auszutauschen über die Exportmöglichkeiten und Importbedürfnisse für 1952/53 bei Getreide, Forsterzeugnissen und anderen Gütern einerseits und Gegenlieferungen andererseits.
- b) Weiterhin in bilateralen Besprechungen Handelsangebote und Nachfragen für bestimmte Waren und Mengen zu untersuchen mit dem Ziel darauffolgender Handelsverhandlungen.
- c) Praktische Maßnahmen und Verfahren vorzuschlagen, die zum gegenseitigen Nutzen angenommen werden können, um den Handel auszudehnen.“

So wurden die Hauptargumente des Ostens wie des Westens in diese Reihe von Empfehlungen hineingenommen, die die Tätigkeit der Kommission auf dem Gebiet des intereuropäischen Handels fördern soll. Die schließliche Aufstellung und Annahme dieser „allumfassenden“ Resolution war zumindest eine Bekräftigung einer der sich in Zukunft vielleicht am nützlichsten erweisenden Anstrengungen der Wirtschaftskommission für Europa, der einzigen europäischen Organisation, der beide Parteien des in zwei Teile gespaltenen Kontinents angehören.